

„Genauer hinschauen“

Uni-Professoren fordern mehr Geld für Kitas

VON NORBERT MIERZOWSKY

HILDESHEIM. Zwei Hildesheimer Uni-Professoren gehören zu den 24 Wissenschaftlern, die gestern direkt nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Betreuungsgeld gemeinsam gefordert haben, das freigewordene Geld in die öffentliche Kinderbetreuung zu stecken. Mitunterzeichner des Papiers sind Kirsten Scheiwe, Professorin für Recht sozialer Dienstleistungen, sowie Wolfgang Schröer, Professor für Erziehungs- und Sozialwissenschaften. Obwohl in Deutschland rund 200 Milliarden Euro im Jahr für ehe- und familienpolitische Leistungen ausgegeben werden, erreichten nur Kitas und Krip-



Kirsten Scheiwe



Wolfgang Schröer

pen das Ziel, Familie und Beruf zu vereinen. Das sei Ergebnis einer Studie, die der Bund selbst 2014 veröffentlicht habe, sagt Scheiwe. Sie plädiert gemeinsam mit den Mitunterzeichnern für die Aufwertung und Professionalisierung des Berufs der Erzieherinnen. Gleichzeitig fährt sie auch den Gegnern des Betreuungsgeldes in die Parade und kritisiert die Vereinfachung über den Vorwurf, es handle sich dabei um eine „Herdprämie“: „So einfach war es aber nicht. Das Betreuungsgeld haben Familien auch bekommen, wenn die Großmutter oder eine Au-Pair-Kraft sich um das Kind gekümmert hat.“ Man müsse schon genau hinschauen, um sich ein Urteil zu bilden, sagt die Professorin.